

Karl Möckl

Ludwig II., die Minister und der Landtag

Persönlichkeiten und Ereignisse gewinnen nur Sinn, wenn sie im Zusammenhang gesehen werden, wenn um sie der geschichtliche Bogen geschlagen wird. Eigenartigerweise lassen bei Ludwig II. diese einfache Regel selbst Historiker außer acht. Mythos und Faszination überwölben bis heute alle Sachlichkeit. Kritiker und Verehrer vergessen dabei, daß Ludwig weder den Aufstieg noch den Niedergang Bayerns verkörpert, sondern in Stärken und Schwächen eben ein Mensch war, der als Monarch das Geschick seines Landes mehr oder minder beeinflußt hat. Dieser Stellung als König verdankt er die ungeteilte Aufmerksamkeit, nicht seiner persönlichen Tragik, die er mit vielen anderen Menschen teilt.

Mit Blick auf sein Verhältnis zu Regierung und Landtag gilt es hier, der historischen Bedeutung Ludwigs nachzuspüren.¹

I.

Wie funktionierte das Regierungssystem Bayerns in jener Zeit? Nach der bayerischen Verfassung von 1818 galt das monarchische Prinzip. Ludwig I. gelang es, die starke Stellung des Königs weiter auszubauen. Die Konzentration der Staatsgewalt auf den Monarchen machte sich aber nicht nur gegenüber der Volksvertretung, dem Landtag, bemerkbar, sondern – wie vor allem Ludwig I. immer wieder betonte – auch gegen-

über der Regierung. Schließlich entschied der Monarch allein über Berufung und Entlassung der Minister. Nach den einschlägigen Verordnungen hatte der Ministerrat nur auf Anordnung des Königs zusammenzutreten und nur unter dessen Vorsitz zu tagen. In der Praxis war schon seit Max II. nicht mehr nach diesen Bestimmungen verfahren worden. Der König war immer seltener persönlich anwesend. Dadurch konnte er weder den Gang der Verhandlung noch die zu behandelnden Gegenstände unmittelbar bestimmen. Der Ministerrat wurde zu einem kollegialen Gremium. Sein Vorsitzender war *Primus inter pares*. Selbst über die Tagesordnung entschied für seinen Teil der jeweilige Ressortminister. Es ist auch erkennbar, daß bei derartigen Verhältnissen jene Persönlichkeit unter den Ministern den größten Einfluß gewann, die sich politisch am stärksten durchzusetzen vermochte. Für die hier zu betrachtende Zeit war dies ohne Zweifel der Minister Johann von Lutz – *la tête forte*, wie er in diplomatischen Kreisen genannt wurde.

Vor allem in kritischen Zeiten fehlte es nicht an mahnenden Stimmen, angesichts dieser ungünstigen Entwicklung der Verfassungswirklichkeit. So kam es vor dem Deutschen Krieg von 1866 zu einer Adresse der Kammer der Abgeordneten an Ludwig II., worin er an seine »heiligsten Pflichten gegen den Bund und das Vaterland« erinnert wurde.

In dem Maße, in dem sich der Monarch zurückzog, gewann die Mittlerinstitution zwischen Gesamtstaatsministerium und Monarchen – das Kabinettssekretariat – an Bedeutung. Schon Michael Doeberl stellt für die 50er Jahre fest, daß das Kabinettssekretariat »bald auch in Regierungsangelegenheiten einen größeren Einfluß als unter Ludwig I. ausübte«. Kabinettssekre-

tär Franz Seraph Pfistermeister war es, der das Sekretariat »zu einer Art Kabinettsministerium« ausbaute. Kennzeichnend für diese Entwicklung war, daß die persönliche Audienz der Minister beim König immer seltener wurde. Die schriftliche Vorlage ersetzte den mündlichen Vortrag.

Wesentlich wichtiger aber war die grundlegende Wende, die Pfistermeister – der bis Herbst 1866 Kabinettssekretär war – in der personellen und politischen Ausrichtung des Kabinettssekretariats vollzog. Traditionell waren die Kabinettssekretäre konservativ-unabhängig und standen meist im Gegensatz zu Ministern und hohen Beamten nationalliberaler Prägung. Als Ludwig II. auch in politischen Fragen immer mehr Richard Wagner sein Ohr lieh und Pfistermeister immer mehr ins politische Schußfeld geriet, war dieser gezwungen, sich stärker an die Regierungsmitglieder anzulehnen. Es gelang zwar die Vertreibung Wagners, aber gleichzeitig schwenkte das Kabinettssekretariat auf die Linie nationalliberaler Politik ein. Alle Nachfolger Pfistermeisters, so vor allem Johann Lutz, August Eisenhart, Ludwig August von Müller und Friedrich von Ziegler standen in der nationalliberalen Tradition. Sie übten Einfluß auf den König aus. Mit ihrer Hilfe gelang es, in den kommenden Jahren alle wichtigen Ministerposten nationalliberal zu besetzen. Ergänzt wurde diese Entwicklung durch eine entsprechende Personalpolitik in Ministerien und hohen Behörden.

Johann von Lutz selbst kann als Beispiel gelten. Nachdem er knapp ein Jahr Kabinettssekretär gewesen war, wurde er 1867 im Alter von 41 Jahren Justizminister, 1869 Minister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. 1871 gab er das Justizministerium wieder ab, wohingegen er bis 1890 Kultusminister blieb. Lutz,

der seit 1863 bereits Ministerialassessor und Hilfsarbeiter im Kabinettssekretariat war, inspirierte nach Regierungsantritt Ludwigs II. nicht nur den Kabinettssekretär Pfistermeister, sondern auch den Monarchen zur deutschen Politik, wie sie Bismarck betrieb.

Den Veränderungen im inneren Führungsbereich entsprach das Zurückdrängen des Einflusses des Landtags. Vor allem in der Kammer der Abgeordneten hatten die Nationalliberalen wenig Aussicht, Mehrheitspartei zu werden. So verwundert es nicht, daß der Kabinettssekretär im Mai 1864 im Namen des Königs u. a. folgende Grundsätze betonte: Zurückdrängen des Parlamentarismus, Absage an eine Reform der Kammer der Reichsräte und Beschränkung der Befugnisse der Kammer der Abgeordneten.

Die neue Interessengemeinschaft fand ihre verfassungspolitische Ausprägung in der Lehre des bayerischen Hofjuristen Max von Seydel. Seine Theorie kann als eine säkularisierte Staatslehre Friedrich Julius Stahls begriffen werden. Nach Seydel ist der Staat ein Erzeugnis menschlichen Willens. Der Herrscherwille ist zwar ein Wille über dem Staat, nicht aber ein Wille des Staates. Der unmittelbare Einfluß des Herrschers wird dadurch ausgeschaltet, daß Seydel das Recht nicht vor dem Staat, sondern erst im Staate sieht. Damit ist für ihn der Grund des Rechts die Herrschaft und der Grund der Herrschaft die Macht. Diesem positivistischen Denken entspricht das Wesen des Rechts als Machtbegriff und der Kampf zwischen Recht und Sittlichkeit ist folgerichtig eine Machtfrage.

Man kann sich unschwer vorstellen, wie dieses Denken für die Stellung von Kirche und Religion im Staate gewirkt hat. Seydel geht so weit, daß er den Akt der Verfassungsgebung als reversibel betrachtet, als einen

jederzeit widerrufbaren königlichen Gnadenakt. Für ihn stehen die beiden Kammern des Landtages nicht als Staatsorgan neben dem König, sondern unter dem König. Für Seydel hat der Landtag nirgends eine Vermutung der Zuständigkeit für sich. Der Theoretiker des monarchischen Prinzips Heinrich Otto Meisner sieht darin »letzten Endes nichts als einen verhüllten Absolutismus«. Wenn aber der Monarch in der Verfassungswirklichkeit die Macht seiner verfassungstheoretischen Stellung nicht geltend zu machen weiß oder will, so entsteht aus dem monarchischen Prinzip eben ein »Ministerial«-Prinzip.

Sowohl bei den Entscheidungen von 1866 als auch bei jenen von 1870/71 fühlte sich König Ludwig zurückgesetzt. Eine depressive Phase war die Folge. Es war eine Art von Eskapismus, wie er sich mehr und mehr aus dem politischen Geschäft, aus den »Staatsfadaisen« – wie er sagte – zurückzog. Er versank in seiner Traumwelt, aus der er sich immer weniger zu befreien vermochte. Diese Sehnsucht des Königs nach der Einsamkeit seiner Schlösser und seiner Bergwelt kam den Ministern entgegen. Dazu gibt es zahlreiche Äußerungen. Wichtig war, wie der österreichische Gesandte Freiherr von Bruck äußerte, »daß trotz des schriftlichen Verkehrs die königlichen Signate a tempo« herabge-
langten. Seit den 80er Jahren rieten die Verantwortlichen dem König sogar ab, nach München zu kommen – dies angesichts seiner sich verschlechternden Gesundheit.

War für den König die kleindeutsche Politik Bismarcks eine Belastung, so wurde sie von den nationalliberalen Ministern als ein Erfolg angesehen. Der Nationalliberalismus hatte politisch auf die Karte Bismarcks gesetzt. Dies galt auch und besonders für diese politischen

Kräfte in Bayern. Nachdem das Ziel der Reichsgründung erreicht war, ergriffen die bayerischen Liberalen auch innenpolitisch in vorderster Front Partei für die Bismarcksche Politik. So war Johann von Lutz auf Reichsebene einer der Initiatoren für die Kulturkampfgesetzgebung. Die Opposition im bayerischen Landtag war immer stark, aber nie einig, vor allem, wenn es nicht nur um Abwehr, sondern um das Erreichen bestimmter politischer Ziele ging.

II.

Wenn die bayerische Politik nicht widerspruchsfrei, aber unter den gegebenen Verhältnissen doch festgefügt war, so erhebt sich die Frage, wie es zur Krise von 1886 kommen konnte. Hierfür gibt es, wie bei allen wichtigen Ereignissen, Ursachen und Anlässe. Seit 1879 waren die Gerüchte um einen Rücktritt des bayerischen Ministeriums nicht verstummt. Unter Beteiligung Bismarcks schied Minister von Pfretzschner 1880 aus. Ihm folgte Innenminister von Pfeufer 1881. Dies bedeutete aber keine Veränderungen des bisherigen Systems. Lutz übernahm den Vorsitz im Ministerrat, der streng nationalliberale Freiherr von Crailsheim wurde Minister des Äußeren und der noch strenger nationalliberal eingestellte Freiherr von Feilitzsch avancierte zum Innenminister. Gleichwohl waren diese Veränderungen Zeichen innerbayerischer Erschütterungen. Ausgegangen waren sie von der politischen Wende Bismarcks von 1878/79. Diese Wende zum kollektiven Protektionismus hatte die Deklassierung des Nationalliberalismus zur Folge. Bismarck vollzog den bedeutendsten innenpolitischen Einschnitt in seiner

Kanzlerschaft und brachte in Bayern seine nationalliberalen Kampfgefährten aus den 60er und 70er Jahren in arge Bedrängnis. Sonst aber fehlten hier im Gegensatz zu Preußen die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen dieser Neuorientierung. Da das System Lutz im Kern in einer obrigkeitsstaatlichen und reichstreuen Politik sowie in der unbedingten Erfüllung der Ausnahmegesetzgebung des Kulturkampfes bestand, mußten die weiteren Maßnahmen des Reichskanzlers zur Verunsicherung der nationalliberalen Regierung beitragen. In Bayern stärkte die Aufwertung der Konservativen die Oppositionspartei der Patrioten um ihren Kandidaten für die Ministerpräsidentschaft, den Zentrumsführer Freiherrn von Frankenstein. Hinzu kamen der Abbau des Kulturkampfes in Preußen und die Annäherungsversuche Bismarcks an das Reichszentrum. Lutz war zu einer Beendigung des Kulturkampfes in Bayern nicht zu bewegen. Erst nach seinem Rücktritt und nach dem Tod Ignaz von Döllingers 1890 kam es langsam zu einem Abbau der bayerischen Kulturkampfgesetze. Auch den Versuchen Bismarcks, die darniederliegende Landwirtschaft strukturell besser zu stellen, widerstrebte die bayerische Regierung im Interesse einer Förderung des Handels. Dies veranlaßte Bismarck zur bissigen Randbemerkung auf einem entsprechenden Bericht: »Bahneinkommen galt dort immer mehr als Landeseinkommen«. Für Beunruhigung sorgte außerdem, daß sich die Partei um den Kronprinzen Friedrich auf den Reformkurs einer stärkeren Parlamentarisierung begab. Alle diese Faktoren verunsicherten nicht nur die bayerische Regierung, sondern stärkten auch die Opposition in und außerhalb des Landtages. Bei den Wahlen von 1881 errang die Opposition der Patrioten mit 79

Mandaten von 158 knapp die absolute Mehrheit. In der Tat setzten während der Landtagssitzungen bisher nie dagewesene Angriffe auf die Regierungspolitik des Ministeriums Lutz ein. Aufgrund der Lage im Reich, der Haltung Bismarcks und der innerbayerischen Verhältnisse rückte ein Ministerium Franckenstein in greifbare Nähe.

Kritisch wurde die Lage dadurch, daß der Überbringer des Kaiserbriefes, Graf Holnstein, der bisher treu an der Seite Lutzens gestanden hatte, sich auf die neue Situation einzustellen begann. Holnstein hatte unmittelbaren Zugang zu Ludwig II. und war Persona grata im Hause Bismarck. Er konnte das Zusammenspiel Kabinettssekretariat – Ministerium durchbrechen. Das Schicksal Lutzens lag in der Hand Bismarcks. Es schlug die große Stunde des preußischen Gesandten Graf Werthern in München. Dieser stand in schroff kulturkämpferischer Tradition und sah in einem Regierungswechsel mindestens den ersten Schritt in die Richtung eines Untergangs des ganzen Deutschen Reiches. Entsprechend vehement versuchte er auf Bismarck einzuwirken und durch Übergabe diskreditierender Informationen Graf Holnstein gleichsam als Hochverräter hinzustellen. Auch Kabinettssekretär von Ziegler setzte sich für Lutz ein und erklärte, daß der König die Auffassung Holnsteins von einem Ministeriumswechsel nicht teile. Ziegler und Lutz konzipierten für den König ein Handschreiben, das Ludwig unterzeichnet zurückreichte und das in den Münchner Neuesten Nachrichten vom 1. März 1882 veröffentlicht wurde. Mit der direkten, öffentlichen Exponierung des Monarchen konnte die Kritik eingedämmt werden. Der preußische Gesandte Graf Werthern kommentierte, daß die Sache »ohne Zieglers Festigkeit und Umsicht« hätte

ganz anders ausgehen können. Bismarck verzichtete auf eine direkte Intervention. Die Zusammenarbeit mit dem Zentrum gestaltete sich im Reich nicht so, wie er sich das wünschte.

Die Ministerkrise von 1881/82 war zunächst überwunden, aber innerhalb der bayerischen Regierung setzte sich die Auffassung durch, daß für künftige Fälle entsprechende Vorkehrungen getroffen werden mußten.

III.

Damit hebt sich der Vorhang zum letzten Akt des Dramas, den man mit Verschwörung, Palastrevolution oder Staatsraison überschreiben könnte.

Für Minister Lutz gab es drei Faktoren der Unsicherheit: König, Landtag und Reichskanzler Bismarck. Wider Erwarten gelang es Lutz, die oppositionelle Landtagsmehrheit rasch zu neutralisieren. Mit dem Ausscheiden des großen Führers der Patriotenpartei Edmund Jörg aus der aktiven Politik im Jahre 1881 übernahm nach dem Sieg der Opposition der als extrem geltende Dr. Alois Rittler die Führung. Aber bald nach stürmischen Angriffen auf das Ministerium Lutz vollzog Rittler eine wundersame Wende. Der Minister umwarb ihn wohl auch deswegen, weil Bischof Senestry von Regensburg Rittler ablehnte. Jedenfalls arbeitete Rittler mit Lutz bei der Verabschiedung des Kultusbudgets und in Fragen der Personalpolitik eng zusammen. Während der Königskrise schickte ihn Lutz sogar nach Rom, um die Auffassung des Papstes über die kirchlichen Verhältnisse in Bayern zu eruieren. Nach den Landtagswahlen von 1887 trat Rittler – inzwischen Lycealrektor – aus der Fraktion der Patrioten aus

und gründete zusammen mit dem Passauer Verleger Joseph Bucher die regierungstreue Mittelpartei. So war die zahlenmäßig mächtige Landtagsopposition in einer ähnlich gespaltenen Lage wie bei der Diskussion über die Annahme der Verträge zum Beitritt Bayerns ins Deutsche Reich 1871.

Nicht vorauszuberechnen war die Haltung des Reichskanzlers. Aber immerhin standen an der Seite des Ministers Lutz in Nibelungentreue fest der preußische Gesandte Graf Werthern und sein Gesandtschaftssekretär Graf Philipp Eulenburg. Ihre Motive waren verschieden. Werthern lehnte die Beendigung des Kulturkampfes entschieden ab. Eulenburg betrachtete die Öffnung der Bismarckschen Politik gegenüber dem Zentrum im Reich mit sehr großer Skepsis. Nicht berechenbar war auch der bayerische Gesandte in Berlin Graf Lerchenfeld. Er hatte sehr gute persönliche Beziehungen zum Hause Bismarck und war durchaus einem Regierungswechsel in Bayern nicht abgeneigt; schließlich galt er neben Franckenstein als Kandidat für die Nachfolge Lutzens.

Schwieriger war die Behandlung der fortschreitenden Krise Ludwigs II. Längst war den Beteiligten bekannt, daß die Krankheit des Königs unheilbar war und fortschritt. Das Anwachsen der Schulden Ludwigs, vor allem durch seine Bautätigkeit, machte ein Eingreifen immer dringender. Dabei ging es weniger darum, daß die Schulden nicht zu begleichen gewesen wären; vielmehr war im Interesse der Erhaltung des Vermögens des königlichen Hauses eine Regelung angezeigt. Im übrigen war die Finanzfrage mehr Spielmaterial, um den günstigsten Zeitpunkt der Lösung der Königsfrage bestimmen zu können. Finanzfrage und Krankheit standen zueinander in einer Wechselwirkung. Jede

einschränkende Maßnahme der Regierung in der Schuldenpolitik brachte Ludwig einen Schritt weiter in die Krise und rückte die Regentschaft näher.

Lutz schien Zeit zu haben, beruhigte die Verhältnisse und bereitete die nächsten Schritte vor. Zunächst ließ er sich von König Ludwig am 28. Dezember 1883 mit einem »äußerst schmeichelhaften« Begleitschreiben in den erblichen Freiherrnstand erheben. Dann ging er daran, Prinz Luitpold nicht nur von der Übernahme der Regentschaft, sondern auch von der Beibehaltung des nationalliberalen Ministeriums zu überzeugen. Auch Repräsentanten der katholischen Kirche setzten sich für das Ministerium Lutz ein, so auch öffentlich Bischof Ehrler von Speyer. Seit 1884 wurde die Diskussion in der Presse weniger behindert; den Ministern nahestehende Organe wurden sogar gezielt mit Informationen über den Zustand des Königs und die Lage der Kabinettskasse versorgt. Selbst anstehende Klagen von Gläubigern aus der Bürgerschaft gegen die Kabinettskasse wurden besprochen. Vordergründig entstand der Eindruck, als ob es sich mehr um eine Finanzkrise und weniger um eine Königskrise handelte.

Auch gegenüber dem Reichskanzler stellte man die Angelegenheit zunächst als eine Überschuldung der Kabinettskasse des Königs dar. Der preußische Gesandte von Werthern war es, der es 1884 im Verein mit den Ministern Lutz und Crailsheim ablehnte, die Schuldenregelung über ein bayerisches Bankhaus anzustreben. Werthern sah hier das Gespenst, »daß die ultramontane Partei Seiner Majestät für eine Änderung des Ministeriums 30 Millionen zur Verfügung zu stellen beabsichtige und der König dies wisse«. Er empfahl dringend, daß sich Bismarck durch Vermittlung entsprechender Kredite einschalte. Bismarck gab zwar

eine Million Mark aus dem Welfenfonds, beschied aber gleichzeitig, »daß der Minister, der dem König die Anrufung des Landtages zur Ordnung seiner Schuldverhältnisse rate, ein ehrlicher Diener Seiner Majestät sei«. Diese Auffassung brachte er auch Mitte April 1884 Crailsheim gegenüber in einem Gespräch zum Ausdruck und fügte hinzu, wenn der König nicht wolle, dann müsse man ihn nötigenfalls durch Rückgriff auf die Zivilliste und durch ein Entlassungsgesuch überzeugen, da »in der Nichtbereinigung des königlichen Schuldenwesens eine erhebliche Gefahr für das monarchische Prinzip liege«. Der Rat Bismarcks bedeutete eine politische Lösung. Deren Schönheitsfehler war für die Minister nur, daß sie den endgültigen Abschied aus dem Amt zur Folge gehabt hätte. Bismarck schreckte dieser Gedanke nicht, da anhand der politischen Verhältnisse in Bayern nur eine Regierung Franckenstein oder eine Regierung des bayerischen Gesandten in Berlin, des Grafen Lerchenfeld, in Frage gekommen wäre. Beide Persönlichkeiten hätten besser in sein politisches Konzept gepaßt und darüber hinaus die inneren Verhältnisse Bayerns in ruhigere Bahnen gelenkt. Crailsheim konnte gegenüber Bismarck nur bemerken, daß der Vorschlag des Reichskanzlers nicht annehmbar sei, da für die bayerischen Minister eine Einmischung in die Zivilliste des Königs nicht in Frage komme. Daß dies nicht der entscheidende Grund sein konnte, beweist die Tatsache, daß für die Abdeckung der im Mai 1884 als Darlehen aufgenommenen 7,5 Millionen Mark nicht nur Teile des Privatvermögens Max II. verpfändet wurden, sondern auch die Zivilliste des Königs für Verzinsung und Amortisation herangezogen wurde. Aber gerade letzteres hatte Bismarck u. a. vorgeschlagen. Die Einmischung in die »Privatan-

gelegenheiten« des Königs war also doch erfolgt. Die politische Lösung war zwar vermieden, aber die Krise nur hinausgeschoben worden. Schon die Vorgänge des Jahres 1884 zeigen, daß die bayerische Regierung an einer Stärkung der Monarchie nicht interessiert war. Das eigene politische Überleben stand im Vordergrund.

Es überraschte niemand, als bereits im Sommer 1885 die Schulden wieder auf über 6 Millionen Mark angewachsen waren. Die Verhältnisse eskalierten. Zur Lösung der Krise boten sich verfassungsrechtlich zwei Wege: Abdankung oder Regentschaft durch Erklärung der Regierungsunfähigkeit. Ein Versuch, den König zur Abdankung zu bewegen, wurde nicht unternommen. Dies, obwohl die Landtagsmehrheit signalisiert hatte, daß sie bereit wäre, dem König 30 Millionen Mark zu bewilligen, falls er als Gegenleistung einer Abdankung zustimme.

So blieb nur der Weg einer außerordentlichen Regentschaft, also der Fall, nach dem der Monarch selbst keine Vorsorge getroffen hat oder treffen konnte. Hier bestand nach der bayerischen Verfassung insofern eine Lücke, als sie nicht festlegte, wer in diesem Falle die Initiative zu ergreifen hatte. Bismarck empfahl ein analoges Handeln, wie nach der preußischen Verfassung vorgesehen, nämlich die gemeinsame Tagung der beiden Kammern in einer Versammlung, die dann die Regentschaft anordnen sollte. Die bayerische Regierung lehnte diesen Weg ab. Ihre Auffassung begründete gutachtlich Max von Seydel. Er sprach das Initiativrecht sowohl dem Landtag als auch dem königlichen Familienrat ab. Er berief sich nicht auf das Gottesgnadentum, nicht auf die Legitimität und nicht auf das monarchische Prinzip, sondern rein formal darauf, daß

allein der nächste Agnat, da er rechtlich dem König am nächsten stehe, die Initiative ergreifen müsse. Nach der Verfassung war weiter vorgeschrieben, daß die »Verhinderungsursachen« der Regierungsausübung dem Landtag anzuzeigen seien und daß dieser der Regentschaft zustimme. Aus dieser Vorschrift leitete Seydel die entscheidende Mitwirkung des Gesamtstaatsministeriums ab, da ja der nächste Agnat – in diesem Falle Prinz Luitpold – nicht persönlich die Verhinderungsursachen anzeigen könne, sondern nur das Ministerium.

Mit dieser Interpretation Max von Seydels war auch die Strategie der Minister bei der Entmündigung Ludwigs II. festgelegt. Es galt nur noch, die Weichen zu stellen. Prinz Luitpold mußte allein die Initiative ergreifen. Lutz gewann ihn durch verschiedene Faktoren. Beide frönten der Jagdleidenschaft, kannten sich gut und verstanden sich auch. Das Familienvermögen des königlichen Hauses schmolz zusehends dahin. Der König genoß aufgrund seiner drakonischen Herrschaft über die Familie nur wenig Sympathien. Schließlich entsprach der Standpunkt des Ministers dem legitimistischen Denken des Prinzen. Wichtig war auch, daß sich Prinz Luitpold ein Handeln gegen den Wunsch des amtierenden Ministeriums nicht vorstellen konnte.

König Ludwig II. wurde in eine immer ausweglosere Lage gedrängt. In der entscheidenden Vorlage an Hofsekretär Klug am 6. Januar 1886 verwies Lutz darauf, daß das Schuldenmachen aufhören müsse und gab seine »feste und unumstößliche Überzeugung« kund, daß ein Hilfeersuchen beim Landtag nicht in Frage komme und daß »die Minister die Verantwortung dafür, wenn sie befohlen werden sollte, nicht überneh-

men können«. Flankierend verfügte Lutz, daß keinerlei Anweisungen des Königs auf Geldausgaben mehr stattgegeben werden sollten. Er beschwor die Einigkeit des Ministeriums. Im Falle, daß der König einen Minister entlasse, sollten alle zurücktreten. Auch die Diskussion in der Öffentlichkeit verschärfte sich.

Letztlich bedeutete die Haltung des Ministers, daß die Loyalität gegenüber dem Staat, wie er ihn sah, höher stand als die Loyalität gegenüber dem Monarchen. Der Warnung vor dem Landtag widmete Lutz mehr als die Hälfte seines Gutachtens. Dies war übertrieben und die Interpretation der Haltung des Landtags war auch falsch, da es keinerlei Anzeichen dafür gab, daß die Landtagsmehrheit dem König die Hilfe verweigern würde. Dies war auch Lutz klar. Es galt jedoch, den entscheidenden Einfluß des Landtages einzudämmen. Tatsächlich hatten die Minister bisher keine Schwierigkeiten, Versuche zu verhindern, während der Beratungen des Etats des königlichen Hauses die Verhältnisse der Kabinettskasse miteinzubeziehen, so im Februar 1884 und im Juli 1885.

Wie zu erwarten war, setzten seitens des Königs intensive und aufsehererregende Bemühungen ein, Geld zu beschaffen. Ludwig wandte sich auch an seinen Gönner Bismarck. Bismarck wiederholte in seinem Antwortschreiben vom 14. April 1886, daß unter den gewünschten Bedingungen keine Kredite zu erhalten seien. Allein der Befehl an das Staatsministerium, eine Vorlage an den Landtag unter offener Darlegung der Sachverhältnisse zu bringen, könne Abhilfe schaffen. Postwendend kam Ludwigs Befehl an das Staatsministerium am 17. April 1886. Lutz leistete dieser Aufforderung nicht direkt Folge, bemerkte nur, daß Bismarck da eine böse Sache eingerührt habe. Statt dessen hatte

er am 23. März 1886 mit Obermedizinalrat Gudden eine dreiviertelstündige Unterredung, wonach dieser »ganz bestimmt« der Ansicht sein konnte, »daß Seine Majestät originär verrückt seien«. Natürlich war Gudden mit den Verhältnissen bei Hofe längst vertraut. In teilweiser Erfüllung des königlichen Verlangens berief Lutz eine Art Vertrauensmännerversammlung der Zweiten Kammer des Landtages aus Vertretern aller Parteien. Lutz wollte wissen, ob ihm die Vertrauensmänner verbindlich zusichern könnten, daß der Landtag die Schuldentilgung ohne Entgelt übernehme oder die Schuldendeckung gegen Verzinsung und Amortisation vorschieße. Weiter sollten die Abgeordneten garantieren, daß »ein entsprechendes Gesetz einstimmig oder doch nahezu einstimmig angenommen werde und daß keine Diskussion stattfinden werde«. Dieses Ultimatum Lutzens konnte keinen Erfolg haben. Freiherr von Franckenstein bemerkte dazu, daß die Verhandlungen von den Ministern so geführt wurden, daß nur ein negatives Resultat erwartet werden konnte.

Bei auch nur einem geringen Maß an Selbstachtung konnte es keine Volksversammlung hinnehmen, sich einen Maulkorb umhängen zu lassen und zur reinen Akklamationsinstitution herabzusinken. Das Ergebnis berichtete das Gesamtstaatsministerium am 5. Mai 1886 an den König und glaubte damit, seine Schuldigkeit getan zu haben.

Nur Bismarck ließ sich nicht täuschen, obwohl zu seiner Beruhigung die ganze Aktion wesentlich inszeniert wurde. Er bezeichnete nach einem entsprechenden Bericht seines Gesandten Werthern das Vorgehen der Minister kühl als falsch. Gegenüber dem bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld präziserte der

Kanzler seinen Standpunkt. Bismarck beharrte darauf, daß die Vorlage an den Landtag die beste Lösung sei. Dann würden die Probleme vor aller Augen diskutiert und die Sache dem Geheimnisvollen entzogen. »Der Abgeordnete, welcher der Katze die Schelle anhängt, könne erklären, daß der in der Verfassung vorgesehene Fall der Regentschaft vorliege. Die Minister könnten dann ihrerseits Zweifel an der Regierungsfähigkeit aussprechen und dann werde sich das weitere von selbst entwickeln.« Bismarck begründete seine Auffassung schließlich damit, »daß das Vorgehen von oben, das heißt von seiten der Agnaten und des Ministeriums, als eine Palastrevolution von Übelwollenden gedeutet werden könne«. Auch verwies Bismarck darauf, daß die Stellung des Prinzen Luitpold leichter sei, wenn der Anstoß aus der Mitte der Volksvertreter komme. Ein Handeln des Prinzen von sich aus müsse »ein gewisses Odium« hervorrufen. Bismarck schloß: »Der Irrenarzt als Königsbeseitiger bleibe bedenklich«. Graf Lerchenfeld war der gleichen Auffassung.

Es ergab sich die interessante Konstellation, daß die preußische Gesandtschaft in München mit dem Ministerium kooperierte gegen den bayerischen Gesandten in Berlin und gegen den Reichskanzler. Lutz und Crailsheim folgten dem Rat Wertherns, auf Zeit zu spielen und für Bismarck ein *fait accompli* zu schaffen. Dies gelang, da die Information Bismarcks und die Rückantwort über die bayerische Gesandtschaft in Berlin erst am 26. Mai erfolgte, dem Tag der letzten Landtagssitzung. Der Reichskanzler monierte gegenüber Werthern die unzuverlässige und schleppende Berichterstattung.

Anzumerken ist noch, daß Lutz auch den Präsidenten der Kammer der Reichsräte, den Freiherrn von Fran-

ckenstein konsultierte. Dieser riet Lutz, nach Hohenschwangau zu fahren und vom König eine Änderung seiner Ausgabenpolitik zu erbitten. Sollte dies abgelehnt werden, müsse das Gesamtstaatsministerium seine Demission einreichen. Beide Vorschläge lagen den Ministern völlig fern.

Auch Lerchenfeld hatte geraten, die Aktion mit einem Rücktrittsgesuch einzuleiten. Dies schon, um den Verdacht Bismarcks zu zerstreuen, wonach »unsere Minister, falls sie sich nicht mehr halten können, den König ›schlachten‹ wollten«. Daraufhin ließ Lutz Lerchenfeld in dem Glauben, daß ein Entlassungsgesuch tatsächlich den letzten Akt des Dramas einläuten solle. Als das Ministerium aber diese Absicht wieder aufgab, fühlte sich Lerchenfeld hintergangen und brachte es auch zum Ausdruck. Crailsheim reagierte gereizt und schrieb am 30. Mai ungehalten an Lerchenfeld: »Ich wüßte wahrhaftig nicht, was das monarchische Prinzip gewinnen sollte, wenn die Katastrophe durch ein Votum der Unteren Kammer herbeigeführt würde. Das wäre doch eine Art Revolution, während das von uns geplante Verfahren in rein gesetzlichen Bahnen verlaufen wird.« Letztlich setzte sich der Wille der Minister durch. Am 10. Juni 1886 wurde die Regentschaft proklamiert. Am 13. Juni kam es zum tragischen Tod Ludwigs II. Am 21. Juni 1886 stimmte die Kammer der Reichsräte den Verhinderungsursachen der Regierungsunfähigkeit des Königs und der Regentschaft zu, ebenso die Kammer der Abgeordneten in einer Sondersitzung am 26. Juni 1886.

Minister von Lutz erklärte, daß er seit dem 6. Januar 1886 an der Gesundheit des Königs gezweifelt habe und daß für ihn erst in der Unterredung mit Obermedizinalrat von Gudden am 23. März 1886 diese Vermu-

tung zur Sicherheit wurde. Oberregierungsrat Dr. von Müller, der spätere Kultusminister, der vom 11. November 1879 bis 19. Mai 1880 Kabinettssekretär war, hatte eine eidliche Erklärung darüber abgegeben, daß über die Vorgänge am königlichen Hof gegenüber den Ministern geschwiegen habe.

IV.

Mit wenigen Sätzen möchte ich schließen.

Die Tragik des Königs bestand darin, daß sein Schicksal in den Monaten vor der Entmündigung keine medizinische, sondern eine politische Angelegenheit war. Im Spannungsfeld der politischen Kräfte war der Tod Ludwigs nicht beabsichtigt, aber er wurde durch das Verfahren in Kauf genommen.

Das monarchische Prinzip fand seine Aushöhlung oder »Substanzlosigkeit«, wie der Historiker Otto Brunner betonte, nicht allein in der Krankheit des Königs – dies gab es häufiger –, sondern darin, daß die Verantwortlichen im Staate den Monarchen zu einer Figur auf dem Schachbrett der Politik machten. Dies war auch der Grund, warum kein Geringerer als Karl Alexander von Müller nicht im Jahre 1918, sondern im Jahre 1886 die Zäsur für die monarchische Ordnung in Bayern sah.

Dabei ist es nicht ohne Reiz zu fragen, was geschehen wäre, wenn schon 1886 eine bayerische Regierung sich hätte auf eine Landtagsmehrheit stützen können. Da dies nicht der Fall war, bleibt festzuhalten, daß durch die Behandlung der Königskrise die Position Bayerns im Deutschen Reich erheblich schwächer wurde, als sie nach der deutschen Verfassungsordnung tatsächlich hätte sein können.

Ludwig selbst war die Inszenierung seiner Welt wichtiger als alle Auseinandersetzungen um Macht, Geld, Erfolg und geschichtliche Größe. Darauf beruht bis heute die Faszination dieser Gestalt. Die Minister, Prinz Luitpold und der Landtag trugen durch ihr Verhalten selbst zur Erfindung jener Tradition bei, die zur Quelle des Mythos Ludwigs wurde.

Anmerkung

- 1 Die Ausführungen folgen *Karl Möckl*, Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern. München/Wien 1972. Als Auswahl soll auf folgende gedruckte Quellen verwiesen werden: *Rupert Hacker* (Hrsg.), Ludwig II. von Bayern in Augenzeugenberichten. München 1980; *Hugo Graf Lerchenfeld-Köfering*, Erinnerungen und Denkwürdigkeiten 1843–1925, eingeleitet und herausgegeben von Hugo Graf Lerchenfeld-Köfering. Berlin 1935; *Max von Seydel*, Grundzüge einer allgemeinen Staatslehre. Würzburg 1873 (Neudruck 1967); *Ders.*, Das Recht der Regentschaft in Bayern. München 1886. Ergänzend wurden Materialien des Geheimen Hausarchivs München und des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München herangezogen.